

3. Verschuldung

Der Haushalt der Stadt Bonn hat ein Volumen von ca. 1,7 Mrd € und hatte bisher einen Schuldenstand in etwa gleicher Höhe. Die Verantwortung dafür tragen alle Ratsparteien. Durch die Politik der Grünen wird diese aber bis 2027 mehr als verdoppelt werden und von 1,7 Mrd. € auf 3,8 Mrd. € anwachsen.
 or allem eine enormer Stellenwuchs bei einer sowieso im Vergleich zu anderen Städten schon überdimensionierten Verwaltung ist dafür verantwortlich

2023

Dr. Stephan Eisel (stephan.eisel@gmx.net – www.stephaneisel.de) 28. April 2023

Grüner Haushalt in Bonn: Höhere Steuern und doppelte Schulden

In Bonn hat die von den Grünen geführte Ratskoalition mit Linker, SPD und VOLT einen Doppelhaushalt 2023/2024 verabschiedet, mit dem sich die Verschuldung der Stadt

von 1,8 Milliarden € im Jahr 2020 auf 3,5 Milliarden € im Jahr 2027 verdoppelt. Die Zinslast dafür wird sich von jetzt 28,3 Mio € bis 2027 auf ca. 92 Mio € verdreifachen.

Zur Finanzierung dieser enormen Ausgaben hat die grün geführte Ratskoalition mehrfache Steuererhöhungen zu Lasten der Bürger beschlossen.

Eine wesentliche Ursache für die steigende Verschuldung Bonns liegt darin, dass seit dem Amtsantritt der grünen Oberbürgermeisterin 2021 der Rat die Stadtverwaltung um ca. 700 Stellen aufgebläht hat. Das ist ein Zuwachs um fast 15 Prozent in nur drei Jahren. In nur fünf Jahren steigen damit die Personalkosten von 416 Mio € auf 473 Mio €.

Dabei sind Tarifsteigerungen garnicht eingerechnet.

In Verantwortung der Grünen steigt die Stellenzahl in der Kernverwaltung damit auf 5931. Damit ist die Bonner Stadtverwaltung wesentlich größer als die aller vergleichbaren Städte.

	Einwohner	Stellen in Kernverwaltung
Bonn	330.000	5.931 ¹
Bielefeld	334.000	3.219
Wuppertal	355.000	4.123
Bochum	365.000	5.093
Münster	315.000	4.517
Karlsruhe	312.000	2.636
Mannheim	310.000	4.622

Quelle: Stellenpläne / Haushalte der genannten Kommunen

Es ist nicht bekannt, dass die Verwaltungen in den anderen Städten weniger effizient wären als in Bonn. Im Gegenteil hat man in Bonn immer wieder den Eindruck, dass sich die Verwaltung wegen ihrer Größe selbst im Weg steht.

Überdimensionierte Verwaltung schaffen sich auch selbst ihre Aufgaben: oft nicht zum Vorteil der Bürger, sondern mit der Folge von Überregulierung. So führt der Bonner Stellenzuwachs nicht zum besseren Bürgerservice etwa bei den Dienstleistungen des Bürgeramtes, sondern dient der Umsetzung vor allem grüner Verkehrsideologie – wiederum finanziert durch Steuererhöhungen, die alle treffen.

12. September 2023

Grüne verdoppeln Bonner Verschuldung

Politik auf Kosten künftiger Generationen

Der Haushalt der Stadt Bonn hat ein Volumen von ca. 1,7 Mrd € und bisher einen Schuldenstand in etwa gleicher Höhe: die Stadt hat also schon in den letzten Jahrzehnten über ihre Verhältnisse gelebt. Die Verantwortung dafür tragen alle Ratsparteien. Aber auf Wunsch der Grünen soll diese Verschuldung bis 2027 mehr als verdoppelt werden und von 1,7 Mrd. € auf 3,8 Mrd. € anwachsen.

Die Stadtverwaltung selbst teilt dem Rat eine „stark defizitäre Haushaltslage“ mit, was die grün geführte Ratsmehrheit aber nicht an immer weiteren zusätzlichen Ausgaben hindert. Das gilt insbesondere für eine enorme Stellenausweitung in der Verwaltung, die die Grünen beschlossen haben. Seit 2021 wurden durch sie 635 neue Stellen geschaffen worden. Das ist ein Zuwachs von mehr als zehn Prozent in einer sowieso schon überdimensionierten Stadtverwaltung.

Bonn hat nämlich bei 330 000 Einwohnern 5484 Stellen in der Kernverwaltung. Alle vergleichbar großen NRW-Städte haben deutliche schlankere Verwaltungen: In Münster (315 000 Einwohner) gibt es 4517 Stellen, in Wuppertal (355 000 Einwohner) 4123 Stellen, in Bochum (365 000 Einwohner) 5093 Stellen und in Bielefeld (334 000 Einwohner) sogar nur 3219 Stellen in der Kernverwaltung.

Die Bonner Stadtverwaltung ist also um mehrere hundert, meist sogar über tausend Stellen größer als in vergleichbaren Städten. Es ist nicht bekannt, dass die Verwaltungen dort deshalb weniger effizient wären. Im Gegenteil hat man in Bonn immer wieder den Eindruck, dass sich die Verwaltung wegen ihrer Größe selbst im Weg steht. Überdimensionierte Verwaltungen schaffen sich auch selbst ihre Aufgaben: oft nicht zum Vorteil der Bürger, sondern mit der Folge von Überregulierung.

Unter den vielen tausend Bonner Verwaltungsmitarbeitern wäre eigentlich genug Raum für Versetzungen, wenn eine neue politische Mehrheit (was ihr gutes Recht ist) neue Aufgaben definiert – aber die Grünen nehmen einfach an, das jetzige Personal sei dafür nicht qualifiziert. Allein für ihren „Klimaplan“ haben die grün geführte Ratskoalition und die grün geführte Stadtverwaltung bis Ende 2024 ca. 50 Mio € und 55 zusätzliche Stellen mit weitgehend undefiniertem Aufgabenzuschnitt vorgesehen. Mittelfristig kommen 60 Millionen Euro für den Radwegausbau dazu.

Der von den Grünen geplante dramatische Anstieg der städtischen Verschuldung führt schon wegen der steigenden Zinsen in den Abgrund. Allein diese Zinsen verdoppeln sich von 2023 bis 2027 auf mindestens 85 Mio €.

Gerne vermitteln die Grünen – und die Kommunalpolitik insgesamt – den Eindruck, die Bonner Haushaltsmisere sei von Bund und Land verschuldet. Dabei setzen sie auch darauf, dass viele Bürger den Umfang der kommunalen Selbstverwaltung nicht kennen, denn selbst bei von Bund und Land zugewiesenen Aufgaben entscheidet die Kommune wie (effizient) diese erledigt werden.

Insgesamt muss man unterscheiden zwischen

- Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung von Bund bzw. Land. Gesetze regeln nicht nur, dass, sondern auch wie diese Aufgaben zu erfüllen sind. Dazu gehören z. B. das Melderecht,

Zivilschutz, Ordnungsrecht, Bauaufsicht und Flüchtlingsfragen. Das Weisungsrecht gegenüber den Kommunen erstreckt sich allerdings nicht auf Personal- und Organisationsfragen.

- pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben. Die Gemeinde kann nicht entscheiden, ob sie diese Aufgabe erfüllen möchte, aber es besteht Gestaltungsspielraum wie sie die Aufgabe erfüllen möchte. Deshalb trägt die Kommune hier auch die finanzielle Verantwortung. Zu diesen Aufgaben gehören z. B. der Bau und Unterhaltung von Pflichtschulen und Kindergärten, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Sozial- und Jugendhilfe und die Bauleitplanung.
- Schließlich geht es um die freiwilligen Aufgaben, bei denen die Kommune sowohl über das ob als auch das wie entscheiden kann.

Schon einige Beispiele nur aus dem Monat August 2023 zeigen, dass die ungebremsste grüne Ausgabenpolitik sich ausschließlich auf freiwillige Ausgaben bezieht:

- Für 469 die zusätzlichen Verwaltungsstellen sollen jetzt Büro-Räume für 1,3 Mio € jährlich angemietet werden (+ 1 Mio € Umbaukosten), weil der Raum im Stadthaus nicht ausreicht.
- Schon der Test einer Einspurigkeit der Adenauerallee, wie ihn die Grünen wollen, wird die Bonner eine sechsstellige Summe kosten.
- 2027 wird die Königswinterer-Straße saniert. Trotzdem wurden auf Beschluss der Grünen für ca. 250.000 € jetzt neue Fahrradstreifen markiert, die dann wieder beseitigt werden müssen.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Zudem muss immer wieder daran erinnert werden, dass allein die Luxussanierung der Beethovenhalle die Bonner mindestens 224,2 Mio € kostet - nur weil die Grünen unbedingt das privat finanzierte Beethoven-Festspielhaus verhindern wollten.

Zugleich fehlen ca. 3,7 Mio € für die Aufrechterhaltung des Offenen Ganztagsbetriebes (OGS), für den die Stadt vor Jahren ein Angebot deutlich über dem Landesniveau beschlossen hat. Der Rat hat zwar im August einstimmig beschlossen, diese Summe bereitzustellen, aber die Sozialdezernentin sagte dazu: „Zusätzliches Geld werden wir in meinem Dezernat nicht mehr finden, wenn wir keine Leistungen kürzen.“ (GA 23. August 2023).

An sich ist Bonn eine reiche Stadt. Allerdings geben Rat und Verwaltung das Geld vielfach an der falschen Stelle aus. Dabei üben sich die Grünen gerne in der Verantwortungsflucht, sie sind aber seit 2009 an den Ratskoalitionen beteiligt und tragen seitdem wesentliche Verantwortung für alle gefassten Beschlüsse. Meist haben sie diese von der Beethovenhalle bis zur Sperrung des Cityrings initiiert und mit der Drohung eines Scheitern der jeweiligen Koalition verbunden.

CDU und FDP haben deshalb 2009 – 2019 zu viele grüne Projekte hingenommen, die die Grünen vorangetrieben haben. Bei den Ratswahlen 2020 wurden sie dafür mit Verlusten von fast 5 % bzw. 3 % abgestraft. Jetzt steht die SPD vor dem gleichen Problem: Zähneknirschend lassen sie die Grünen gewähren statt eigenes Profil zu zeigen.

Das Hauptproblem der Grünen in Bonn ist, dass sie von ihrem eigenen Kurs so überzeugt sind, dass ihnen die Kompromissfähigkeit fehlt – und das bei einem Stimmanteil von nur 27,8 %. Die Folge ist eine immer stärkere Polarisierung der Stadtgesellschaft.

Wer nicht begreift, dass man sich zwar als Partei der Wahl stellt, aber im gewählten Amt dann für alle da ist, wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Die Dynamik der Bonner Verschuldung ist eine Folge davon, die auch gefährlich ist, weil sie die Verteilungskämpfe verschärft. Es liegt in der Hand der Wähler, dies bei der nächsten Kommunalwahl 2025 zu ändern – oder die SPD erkennt rechtzeitig, dass die Grünen nicht der einzige mögliche Koalitionspartner sind.

2024

Stephan Eisel – www.stephaneisel.de – Sstephan.eisel@gmx.net 27. August 2024

Die überdimensionierte Stadtverwaltung der Grünen In Bonn über 600 neue Stellen seit 2021

Schon im März 2021 habe ich in einem Leserbrief an den General-Anzeiger darauf hingewiesen, dass die Bonner Stadtverwaltung im Vergleich zu ähnlich großen Städten völlig überdimensioniert ist.

Das hat der GA am 27. August 2024 erneut belegt:



Auch im Vergleich zu Wuppertal, Bochum oder Mannheim zeigt sich diese Diskrepanz.

So gibt Bonn fast 100 Mio. € mehr für Personalkosten in der Verwaltung aus als Münster.

Für die überdimensionierte Bonner Stadtverwaltung sind alle Parteien im Rat verantwortlich.

Aber seit 2021 haben der von den Grünen dominierte Rat und die grüne Verwaltungschefin den Personalbestand besonders ausgeweitet und über 600 weitere Stellen geschaffen.

Dabei sollte in der großen Verwaltung das Potential auch zur Erledigung neuer Aufgaben zu finden sein.

Überdimensionierte Verwaltungen schaffen sich oft selbst ihre Aufgaben:

oft nicht zum Vorteil der Bürger, sondern mit der Folge von Überregulierung.

Leserbrief General-Anzeiger
Bonn 3. März 2021

Im General-Anzeiger wurde am 27. Februar berichtet, dass die von den Grünen geführte Ratskoalition mit der grünen Oberbürgermeisterin 183 neue Verwaltungsstellen schaffen will – obwohl sich Bonn von den deutschen Städten vergleichbarer Größe schon jetzt die bei weitem größte Stadtverwaltung leistet. In Bonn gäbe es mit der grünen Stellenausweitung bei 330 000 Einwohnern 5484 Stellen in der Kernverwaltung. Alle vergleichbar großen NRW-Städte haben deutlich schlankere Verwaltungen: In Münster (315 000 Einwohner) gibt es 4205 Stellen, in Wuppertal

(355 000 Einwohner) 4123 Stellen, in Bochum (365 000 Einwohner) 5093 Stellen und in Bielefeld (334 000 Einwohner) sogar nur 3219 Stellen in der Kernverwaltung. Auch ein Blick über die Landesgrenzen zeigt die Diskrepanz: Mannheim (310 000 Einwohner) kommt auf 4622 Stellen und Karlsruhe (312 000) sogar auf nur 2636 Stellen in der Kernverwaltung. Diese Zahlen sind von den befragten Kommunen Anfang März ausdrücklich bestätigt.

In Bonn gibt es also in der städtischen Verwaltung immer mehrere hundert Stellen, meist sogar über tausend Stellen mehr als in vergleichbaren Städten. Es ist nicht bekannt, dass die Verwaltungen in diesen Städten deshalb weniger effizient wären. Im Gegenteil hat man in Bonn immer wieder den Eindruck, dass sich die Verwaltung

wegen ihrer Größe selbst im Weg steht. Überdimensionierte Verwaltungen schaffen sich auch selbst ihre Aufgaben: oft nicht zum Vorteil der Bürger, sondern mit der Folge von Überregulierung. Unter den vielen tausend Bonner Verwaltungsmitarbeitern ist sicher genug Raum für Versetzungen, wenn die neue politische Mehrheit (was ihr gutes Recht ist) neue Aufgaben definiert – oder wollen die Grünen behaupten, das jetzige Personal sei dafür nicht qualifiziert?

In Bonn müssen übrigens 60 Einwohner eine Verwaltungsstelle finanzieren, in Wuppertal verteilt sich die Last auf 86 Einwohner und in Karlsruhe sogar auf 118 Einwohner. Es wäre besser, für eine effizientere Verwaltung zu sorgen als durch eine immer größere Verwaltung die Bürger immer mehr zu belasten. Das gilt für alle Parteien – aber eben auch für die Grünen.

Dr. Stephan Eisel, Bonn

Stephan Eisel (stephan.eisel@gmx.net – www.stephaneisel.de)

25. November 2024

Bonner Grüne: Sparen sollen Andere

Die Verschuldung der Stadt Bonn zwingt Bonn jetzt zu besonderen Sparmaßnahmen.

Dabei geht es auch um die im Vergleich zu anderen ähnlich großen Städten weit überdimensionierte Stadtverwaltung.

In Bonn gibt es ca. 7.600 Verwaltungsstellen für kommunale Aufgaben, in Münster ca. 5.800, in Bielefeld ca. 6.300.

Dennoch haben die Grünen seit 2021 in der Bonner Verwaltung ca. 600 neue Stellen für eigene Lieblingsprojekte geschaffen.

Jetzt will die grüne Oberbürgermeisterin wegen der Verschuldung in fünf Jahren 300 Verwaltungsstellen abbauen – aber natürlich nicht bei den grünen Lieblingsprojekten wie z. B. der ideologischen Verkehrspolitik.

Im Rathaus gilt offenbar die Devise:

Beim Geldausgeben sind wir Grüne ganz vorne, beim Sparen sind Andere dran.

2025

An allen Ecken fehlt das Geld

Zu „Heidler verhängt Haushalts-sperre“ vom 14. August und „Dörner und Heidler fordern Sparvorschläge von Dezernenten“ vom 18. August gibt es Reaktionen aus der Leserschaft.

Die faktische Haushaltssperre der Stadt Bonn ist die vorhersehbare Quittung für die verantwortungslose Politik der grün-rot-roten Koalition und einer aus meiner Sicht überforderten Oberbürgermeisterin. Frau Dörner genehmigte sich als erste Amtshandlung einen teuren Wasserkopf politischer Gefolgsleute mit für eine Kommune untypisch hohen Gehältern, stockte das städtische Personal innerhalb von nur eineinhalb Jahren um 635 Stellen auf, obwohl Bonn schon vorher über weit mehr Beschäftigte verfügte als vergleichbar große NRW-Städte wie etwa Münster. Die Bonner Infrastruktur ist zunehmend marode: Von städtischen Schulen über teilweise geschlossene Schwimmbäder bis zum Dauerergernis Beethovenhalle, die städtischen Grünanlagen sind ungepflegt, die Innenstadt ist schmutzig.

An allen Ecken fehlt das Geld, das für den Personalüberhang verpulvert wird. Dazu kommt eine Verkehrspolitik, die den innerstädtischen Geschäften das Überleben weiter erschwert. Es passt ins Bild, dass die Stadt Bonn jetzt eine zusätzliche Stelle für einen Kommunikationsreferenten zur Verkehrswende ausschreibt – im Tiefbauamt angesiedelt und zusätzlich zu den 35 Stellen im Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit.

Statt eine Politik zu betreiben, deren Sinnhaftigkeit für die Bürger erkennbar ist, wird mit weiterem Personal eine neue Propaganda-offensive geplant. Wenn aber über viele Monate hinweg weder OB



Viel Personal, wenig Geld: Die Stadt Bonn muss ihre Finanzprobleme lösen.

FOTO: BENJAMIN WESTHOFF

noch Presseamt oder Amtsleiter städtische Maßnahmen plausibilisieren können, liegt es doch eher an falscher Politik als an Kommunikationsmängeln. Fehler kann man nicht schönreden, man muss sie korrigieren. **Dr. Gernot Fritz, Bonn**

Zu Recht weist Andreas Baumann in seinem Kommentar „Das böse Erwachen“ darauf hin, dass die Mehrheitsfraktionen im Bonner Rat das städtische Personal „hemmungslos ausgeweitet“ haben, statt die Effizienz der Verwaltung zu verbessern. Personalmehrung wird offiziell damit begründet, die Aufgaben schneller und besser erledigen zu können, in der Regel aber bewirkt sie die Aufblähung des Personalstocks. Niemand fühlt sich mehr verantwortlich für einen Gesamtbereich und

entscheidet entsprechend. Vielmehr vervielfachen sich Koordinierungen und Abstimmungen, in denen sich die Verwaltung mit sich selbst beschäftigt. So lähmt die Personalmehrung Entscheidungsprozesse und verschlechtert zunehmend die Dienstleistung für die Bonnerinnen und Bonner. **Peter Clever, Bonn**

Alle müssen sparen, sogar Zuschüsse zu Sozialverbänden stehen auf dem Prüfstand. Natürlich ist die heilige Kuh Personal davon ausgenommen. 400 Millionen Euro für das Personal. 635 neue Stellen in nur zwei Jahren. Da kann man sich nur an den Kopf fassen. Eine Frechheit wäre es, wenn die Grundstückseigentümer diese Rechnung bezahlen müssen. Und ich wette, dass alle ideologisch geprägten Ausgaben weiterhin statt-

finden werden (Fahrradstraßen, Fahrspurverengung, Parkplatzänderungen, Tempolimits).

Manfred Wollweber, Wachtberg

Die Überschrift „Dörner und Heidler fordern Sparvorschläge von Dezernenten“ hat mich zum Lachen gebracht. Sprachen wir neulich nicht noch von dem großartigen, so überaus notwendigen Stellenzuwachs von mehreren Hundert Mitarbeitern? Alle genehmigt. Was mir da immer gefehlt hat, war eine vorherige Analyse des tatsächlichen Bedarfs und vor allem der Einsparungspotenziale in allen Bereichen. So wie das in Wirtschaftsunternehmen üblich ist. Und jetzt kommt es, leider nicht freiwillig. Bin gespannt, was für uns Steuerzahler dabei rauskommen wird. **Jutta Eich, Bonn**

8. August 2025